

Der neue Kolonialismus

Export oder Ende der Demokratie?

von Tobias Pflüger

Zunächst einige Worte zum Zusammenhang zwischen Militär und Demokratie: Es gibt zwei Merkmale, durch die sich das Militär von allen anderen Institutionen unterscheidet: Erstens beruht es auf einer Struktur von Befehl und Gehorsam, die den demokratischen Grundsätzen von Gleichheit und Selbstbestimmung klar widerspricht und schlicht anti-demokratisch ist. Zweitens werden Soldaten zum Töten ausgebildet, was eine gezielte Entmenschlichung und Verrohung beinhaltet. Vor diesem Hintergrund ist auch der Skandal um die Totenschändungen in Afghanistan zu betrachten. Wer zum Töten ausgebildet werden soll, der muss den Respekt vor dem menschlichen Leben verlieren, bereit sein, den anderen als Feind und als tötbar anzusehen. Wer Soldaten ausbildet und eine Armee aufstellt, der bereitet den Krieg vor und stellt das Recht zu Leben in Frage. Militär und Demokratie widersprechen sich und es ist deshalb schon rein logisch nicht möglich, dass mit dem Militär Demokratie exportiert wird.

Stattdessen ist Militär ein Herrschaftsinstrument und kann somit zu einem Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung werden. Und zwar sowohl im Inland als auch im Ausland. Wir finden hier so etwas vor wie einen neuen Kolonialismus. Eine der Strategien des Neuen Kolonialismus besteht darin, weltweit Militärstützpunkte aufzubauen, um überall hin schnell Truppen verlegen und militärisch präsent zu sein oder militärisch intervenieren zu können. Die USA können dabei tatsächlich auf ein weltumspannendes Netz von Militärbasen zurückgreifen. Die EU strebt ähnliches an. Dazu hat die EU ein einfaches Konzept: Militärstützpunkte eines Mitgliedstaates werden von allen anderen (mit)-genutzt, die bei Militäraktionen der EU dabei sind: Beispiele: Deutsche Soldaten, die als Reserve für den Kongo vorgesehen waren, wurden in Gabun auf einem französischen Militärstützpunkt stationiert. Afrika ist voll von Militärbasen europäischer Ex-Kolonialstaaten: 11.000 Französische Soldaten sind in Afrika: in Djibouti, der Zentralafrikanischen Republik, im Kongo (DRC),

im Tschad etc. Britische Soldaten sind z.B. auch in Kenia. Deutsche Soldaten sind in Djibouti und waren im Kongo (DRC). In Lateinamerika unterhält Frankreich ebenfalls Militärstützpunkte: Von Französisch-Guyana wurde die Militärintervention nach Haiti organisiert. Und Deutschland sorgt dafür, dass der Krieg in Afghanistan weiter eskalieren kann. Über den deutschen Bundeswehr-Stützpunkt in Termez in Usbekistan laufen die Transporte aller NATO und EU-Staaten nach Afghanistan. Deutschland hat als einziges westliches Land dort einen Stützpunkt, trotz EU-Sanktionen wegen des Massakers von Andijan und trotz repressiver Regierung. Der Kontakt zwischen usbekischer und deutscher Regierung sei gut, bestätigte mir ein Botschaftsangehöriger der usbekischen Botschaft. Vermutlich, weil die deutsche Regierung (auch innerhalb der EU) im Gegenzug zur Akzeptanz der Militärbasis Zurückhaltung bei der Kritik der Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan übt. Als ich den Botschaftsangehörigen auf die Bilder deutscher Soldaten mit den Totenköpfen hinwies, gab er jedoch zu, dass seine Regierung die Haltung zu deutschen Truppen überdenken müsse.

Die Bedrohungsanalyse der EU

Dass Menschen mit Waffen ausgerüstet und zum Töten ausgebildet werden, wird zwar mittlerweile von vielen als normal angesehen, ist es aber keineswegs. Wir müssen das hinterfragen, das heißt nach den Gründen dafür suchen, dass es in Europa nicht nur Armeen gibt, sondern diese auch immer weiter aufgerüstet werden. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) nennt als „Gründe“ drei Hauptbedrohungen, die sich bezeichnender Weise nicht im Geringsten von der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA unterscheiden: 1. Terrorismus, 2. Massenvernichtungswaffen, 3. Zusammenbrechende Staaten aufgrund „schlechter Regierungsführung“ und daraus resultierende organisierte Kriminalität. Das sind jedoch die Bedrohungen, die Regierende und Regierungsapparate identifizieren und diese Bedrohungsanalysen sind von Grund

auf falsch. Wenn man Menschen fragt, worüber sie sich Sorgen machen, wovon sie sich bedroht fühlen, so geht es meist um ihre wirtschaftliche Lage, um ihre Arbeit, ihre Miete, ihre Alterssicherung. Und so ist das auch im globalen Maßstab: Die drängendsten Probleme sind Armut und Hunger und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit. Diese Bedrohungen sind nicht unwesentlich auch der Auslöser für die anderen Probleme.

Aus der falschen Bedrohungsanalyse folgt eine ebenso falsche Außenpolitik. „Internationaler Terrorismus“ wird als voraussetzungsloses Problem betrachtet. Einen „internationalen Terrorismus“ gibt es nicht. Es gibt unterschiedlichste Gruppen, die aus unterschiedlichster Motivation zum falschen Schluss kommen, terroristisch vorgehen zu müssen. Wenn diese unterschiedlichen Gruppen unter „internationalem Terrorismus“ subsumiert werden, ist schon die erste sehr grundlegende Falschanalyse gemacht worden. Ohne Beschäftigung mit der jeweiligen Motivation, warum jemand meint, terroristisch vorgehen zu müssen, sind auch keine richtigen Schlussfolgerungen für Gegenmaßnahmen möglich. Das, was sich der neuen oder alten ETA zurechnet, hat mit dem, was als Al Kaida bezeichnet wird, sehr wenig gemeinsam, trotzdem wird beides unter „dem internationalen Terrorismus“ zusammengefasst.

Sicherlich keine erfolgreiche Strategie ist es, im Zuge der Terrorbekämpfung sämtliche Demokratie- und Rechtsstandards aufzuheben, weltweit mit militärischen Sonderkommandos zu agieren und die Geheimdienste mit mehr Rechten und besserer Ausrüstung auszustatten. Dies dreht an der Gewaltspirale. Eine der Folgen dieser Gewaltspirale ist nicht die Abnahme sondern die Zunahme von terroristischen Aktionen. Der so genannte „Krieg gegen den Terror“ zeichnet sich aus durch Verschleppungen, Folterverhöre und -gefängnisse, die Aushebelung von Grundrechten, permanente Sondervollmachten, halblegale bis illegale Aktionen von Staaten und Staatseinrichtungen bis hin zum Staatsterrorismus.

Staatsterrorismus wird jedoch konsequent aus den Terrorismusdefinitionen der UN, der westlichen Staaten und der EU ausgeblendet: „Es ist Zeit, die Debatten um den so genannten ‚Staatsterrorismus‘ beiseite zu lassen“, hieß es im Annan-Bericht 'In Larger Freedom' (S. 26), zur Reform der Vereinten Nationen.

Auch die Analyse „gescheiterter Staaten“ ist falsch, weil sie von einem falschen Weltbild ausgeht. Dieses sieht die Welt aufgeteilt in Staaten, die für die Sicherheit ihrer Bevölkerung sorgen, was an der realen



Patrouille in Afghanistan, Foto: Tobias Pflüger

aktuellen und historischen Situation völlig vorbei geht. Nur einige Gebiete auf der Welt werden durch Staaten kontrolliert, oftmals organisieren sich die Menschen auf völlig andere Weise. Das wird als Bedrohung empfunden, weil das westliche Grundverständnis einen Staat, innerhalb dieses Staates eine Regierung und einen Präsidenten voraussetzt. Dieses Grundmuster mag für Europa tragen, geht aber an der Realität der anderen Welt vorbei.

Der Export von Demokratie und „Sicherheit“

Wenn sich die EU nun vornimmt - wie es in den verschiedenen Papieren immer wieder heißt - Demokratie zu exportieren, so geht es dabei nicht um den Aufbau demokratischer Strukturen, die eine Partizipation der Bevölkerung ermöglichen sollen, sondern schlicht um den Export von Staatlichkeit. Der deutsche Außenminister beschrieb in einer Sonderbeilage der Süddeutschen Zeitung das Grundverständnis westlicher Außenpolitik so: „Nato und EU haben einen legitimen Platz in der Sicherheitsarchitektur von heute. Sie sind keine Konkurrenten, sondern ergänzen sich. Nur gemeinsam, im Verbund von Nato und EU, können Europa und Nordamerika ihre Vorstellung von Sicherheit glaubwürdig in die Welt projizieren.“ Vorstellungen von Sicherheit in die Welt projizieren ist imperiale Politik.

Die so genannte Unterstützung der

Wahlen in der DRC stellte nur einen kleinen Teil des dortigen Engagements der EU dar. Zuvor hat die EU dort zusammen mit den UN und teilweise finanziert aus dem Entwicklungshilfeetat eine neue integrierte, also gesamtstaatliche Armee aufgebaut sowie eine Spezialpolizei trainiert und ausgerüstet. Das war also der erste Schritt der „Demokratisierung“, in ein Bürgerkriegsland Waffen und Strukturen zu exportieren, die klar anti-demokratisch sind, um hierdurch mit aller Gewalt ein Gewaltmonopol herzustellen.

Als politische Ordnung, die dieses Gewaltmonopol kontrollieren soll, wurde ein formal-parlamentarisches Zwei-Kammern-System nach westlichen Vorstellungen diktiert, in der DRC herrscht die Meinung, diese Verfassung wäre gar in der ehemaligen Kolonialmacht Belgien entworfen worden. Das neue kongolesische Parlament wurde nicht nach politischen Programmen - die es kaum gab -, sondern nach regionaler Zugehörigkeit gewählt, d.h. die einzelnen Kandidaten erhielten in den verschiedenen Regionen jeweils Traumergebnisse von 98% Prozent. Auch die Stichwahl zum Präsidenten spaltete das Land: Kabila galt in der Hauptstadt und im relativ friedlichen Südwesten als derjenige, der die Rohstoffe der DRC ans Ausland verscherbelt, während er im von Rohstoffkriegen gebeutelten Osten eben wegen seiner guten Kontakte zur „internationalen Gemeinschaft“ Hoffnungen auf Frieden

wecken konnte. Jean-Pierre Bemba führte entsprechend eine nationalistische Kampagne und konnte so im Westen, insbesondere in der Hauptstadt Kinshasa, Joseph Kabila weit abhängen. Es wurde also auf einem Staatsgebiet, das durch den Kolonialismus (früherer Zeiten) gezeichnet wurde, eine politische Organisationsform erzwungen, die nicht dem entspricht, wie sich die Menschen vor Ort organisieren wollen.

Neue Konflikte sind damit zwar vorprogrammiert, doch die EU hat ihr Ziel erreicht, eine in ihren Augen „legitime Autorität“ in Form von Joseph Kabila und der neuen Regierung zu installieren, die als Ansprechpartner und Vertragspartei die dauerhafte Aneignung von Schürfrechten und Niederlassung von Firmen ermöglicht. Abgesehen davon ist Joseph Kabila bislang jedes Mal dem Wunsch der EU nachgekommen, Truppen in der DRC zu stationieren und er akzeptiert offenbar die langfristige Präsenz der 17.000 Soldaten starken UN-Truppen MONUC in „seinem“ Land, woraus auch eine völkerrechtliche Legitimation für die koloniale Besitzergreifung der DRC entsteht. Um Demokratie geht es der Europäischen Union und gerade Deutschland am allerwenigsten, wie die Aussagen des ehemaligen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Walter Stützle in beeindruckender Deutlichkeit klar machen: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“ (PHOENIX Runde vom 07.11.2006)

Der deutsche Militärminister Franz-Josef Jung hat gesagt, es ginge im Kongo „auch um zentrale Sicherheitsinteressen dieses Landes“, also Deutschlands. Und er meint weiter: „Die Stabilität in dieser rohstoffreichen Region nutzt auch der deutschen Wirtschaft.“ Und der CDU-Abgeordnete Schockenhoff legte nach: „Kongo ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt, und verfügt unter anderem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind. Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan und Beryllium.“ Außerdem verweist er darauf, dass „Kongo das mit Abstand wasserreichste Land“ des afrikanischen Kontinents ist. Was hier passiert, ist ein Militäreinsatz, bei dem es um Zugang zu Rohstoffen geht.

Demokratie heißt, dass eine politische Ordnung unter Beteiligung und durch den

Willen der Betroffenen, also der Bevölkerung, entsteht. Das bedeutet aber, sie lässt sich - selbst wenn dies ernsthaft die oberste Priorität wäre - nicht militärisch durchsetzen. Etwas vereinfacht läuft diese Idee darauf hinaus, dass man einem Menschen ein Gewehr vor die Nase hält und eine Liste in die Hand drückt und ihnen sagt: „Du bist jetzt Teil dieses Landes, dessen Grenzen und Institutionen wir bestimmt haben, nun wähle einen von denen als deinen Vertreter.“

Demokratisierungsanspruch und Besatzungswirklichkeit

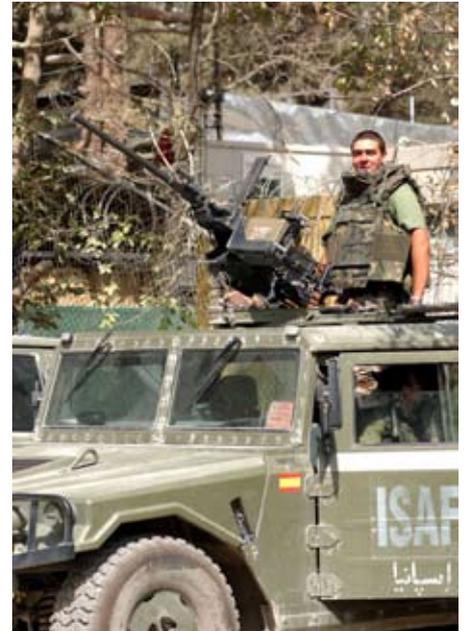
In Afghanistan wird das sehr deutlich, dass das nicht funktioniert. Dort wird mittlerweile offiziell - auch von Seiten der UN - von einem „Aufstand“ gesprochen. Bernhard Gertz, der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, sagt dies auch ganz offen: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. Kabul ist nicht nur die Region, in der wir heftig präsent sind, sondern die auch am meisten profitiert hat. Wenn da ein Ereignis wie ein Verkehrsunfall genügt, um eine Kettenreaktion auszulösen, dann ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den ISAF-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“ (Afghanistan - Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006)

Hier wird ganz klar, dass es nicht wirklich um den Export von Demokratie geht, sondern um den Aufbau dauerhafter Besatzungsregime. Diese bestehen aus verschiedenen Komponenten: Da sind einerseits die Elite-Einheiten wie das KSK mit einem sehr robusten Mandat, die mehr oder weniger machen dürfen, was sie wollen. Dann gibt es diejenigen Truppen, die für ein sicheres Umfeld sorgen sollen, also Infrastruktur schaffen und schützen, sowie die Bevölkerung unter Kontrolle halten. Allerdings sind die ISAF-Truppen selbst in Nordafghanistan immer wieder in richtige Gefechte verwickelt, die unterstreichen, dass dort eine regelrechte „aggressive Aufstandsbekämpfungsoperation“ abläuft, wie es der NATO-Kommandeur David Richards formulierte. Dabei wird bisweilen auch Luftunterstützung angefordert und dann ein Dorf bombardiert. Die Getöteten sind dann einfach alle Taliban, wobei in letzter Zeit auch immer öfter von getöteten „Aufständischen“ berichtet wird, als sei es grundsätzlich legitim, Menschen zu erschießen, die sich am Widerstand gegen die Besatzungstruppen beteiligen.

Dann gibt es noch die so genannten

zivilen Komponenten, das sind zunächst Polizei- und Gendarmerieeinheiten, die in den einigermaßen beruhigten Gebieten - von denen es in Afghanistan nicht viele gibt - auf der Alltagsebene die Ordnung der Besatzer durchsetzen sollen. Wesentlich wichtiger sind sie in Afghanistan allerdings beim Aufbau und der Ausbildung der Polizei. Hierbei spielt Deutschland eine wichtige Rolle. Auch das geht aber meist schief, weil sich normalerweise Angehörige eines bestimmten Clans als Polizisten rekrutieren lassen. De facto werden hier also neue Milizen aufgebaut, welche die Bevölkerung terrorisieren, oder halt ihre eigene Ordnung durchsetzen.

Zuletzt gibt es noch die Menschen, die tatsächlich in zivil auftreten und an sich zivilen humanitären oder entwicklungs-politischen Organisationen angehören. In den letzten Jahren gab es massive Bemühungen der westlichen Staaten, eine „kohärente“ Außenpolitik zu entwickeln, die darauf abzielt, solche Organisationen in die militärische Planung einzubeziehen und der militärische Logik zu unterwerfen. Das ist natürlich eine Katastrophe für diese Menschen, da sie mit ihrer Neutralität auch ihren zivilen Status verlieren und damit vermehrt zu Zielen und Opfern von Angriffen werden. Im Jahr 2004 wurden bereits 24, 2005 31 humanitäre Helfer in Afghanistan getötet. Sie werden damit Opfer einer gezielten Politik, zivile und militärische Akteure zu vermischen. So gibt es CIMIC-Einheiten der Bundeswehr und der NATO, deren Aufgabe explizit die zivil-militärische Kooperation zur Schaffung eines sicheren Truppenumfeldes ist. In Afghanistan sind die Soldaten darüber hinaus oft in weißen, nicht gekennzeichneten Jeeps unterwegs und es wurde sogar ein Flugblatt an die Bevölkerung verteilt, in dem die Bereitstellung humanitärer Hilfe von der Kooperation mit den Besatzern abhängig gemacht wurde. Nachdem sich die Anschläge gegen humanitäre Helfer angesichts dieser Instrumentalisierung häuften, sah sich u.a. die Organisation Ärzte ohne Grenzen dazu gezwungen, nach 24jähriger Tätigkeit, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Zu diesem Rückzug erklärte sie öffentlich: „Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. ... Koalitionsstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ‚hearts and minds‘ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unpartei-lich und neutral angesehen. Dies wiederum



gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“ (Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?, in: Pflüger/Wagner (Hrsg.): Welt-Macht EUropa, VSA-Verlag Hamburg 2006, S. 312-323)

Mittlerweile werden in Deutschland, der EU und den USA jedoch spezielle Kapazitäten geschaffen und Organisationen unterstützt, wo schon die Bewerber auf ihre Bereitschaft, mit dem Militär zu kooperieren hin befragt und den Risiken entsprechend ausgebildet werden.

Entparlamentarisierung der Kriegspolitik

Von diesen Darstellungen ausgehend, können wir wieder einige Zusammenhänge zwischen Demokratie und neuem Kolonialismus feststellen, die v.a. hier wirksam werden. Da gibt es einerseits die Entsendepraxis für die immer unpopuläreren Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Rahmen der Operation Enduring Freedom verabschiedet das Parlament seit 2001 Vorratsbeschlüsse, die den Einsatz von bis zu 3900 Soldaten irgendwo im NATO-Gebiet, auf der arabischen Halbinsel, in Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie den angrenzenden Seegebieten ermöglichen. Über Einsätze des KSK wird das Parlament nicht unterrichtet. Z.B. musste ich bei meinem Besuch im Kongo feststellen, dass auch dort 25 KSK-Soldaten eingesetzt wurden, wofür es kein Mandat gab. Auch der Einsatz von Polizisten im Ausland bedarf keines Bundestagsbeschlusses, sondern wird allein vom Bundesinnenminister veranlasst, es gibt keine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament.

Beim jüngsten Libanon-Einsatz wurde ebenfalls das Mandat überschritten: Hier wurde neben dem UNIFIL-Marineverband



EU-Lager in Kinshasa, Foto: Tobias Pflüger

noch das Aufklärungsschiff „Alster“ entsandt. Die israelischen Streitkräfte waren darüber verständlicherweise nicht erfreut - schließlich kann das Schiff den israelischen Luftraum überwachen und sein Einsatz ist nicht durch das UN-Mandat abgedeckt. Erst nachdem Warnschüsse abgegeben wurden, erfuhren auch Teile der deutschen Öffentlichkeit von dessen Einsatz. Bundeswehr-Mandate haben also offizielle und inoffizielle Teile und ich gehe davon aus, dass das, was davon herauskommt, nur ein kleiner Teil dessen ist, was tatsächlich passiert.

Diese bestenfalls halb-legalen Praktiken setzen sich auf EU-Ebene fort. Nach dem Beschluss von Nizza darf die EU über keinen eigenständigen Militäretat verfügen. Das ist auch gut so. Es hat sich deshalb aber durchgesetzt, dass EU-Polizei- und Militäreinsätze über verschiedene trickreiche Wege bezahlt werden, selbst aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Das gilt einerseits für die oben beschriebenen Flankierungsmaßnahmen wie beispielsweise Polizeiausbildung in der DRC. Andererseits bewilligte die EU-Kommission 2006 300 Mio. Euro, um Einsätze von Truppen der Afrikanischen Union zu finanzieren, wobei die EU jedem Einsatz zunächst zustim-

men muss. Überspitzt gesagt, wird hier ein gewaltiges Söldnerheer aufgebaut. Ein weiteres Beispiel ist die vermeintlich zivile Mission der EU in Aceh, die dementsprechend auch teilweise aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert wird. Tatsächlich wird diese Mission allerdings von Soldaten durchgeführt, scheinbar, weil keine zivilen Kräfte für solche Aufgaben zur Verfügung stehen. Betrachtet man das Mandat, ist das logisch: schließlich besteht es darin, die Soldaten der „Bewegung Freies Aceh“ entwaffnen.

Ein anderer zentraler Weg der Finanzierung von EU-Militäreinsätzen ist der ATHENA-Mechanismus. Dort zahlen die EU-Mitgliedsstaaten für EU-Militäreinsätze in einen Extra-Topf, der explizit nicht ein EU-Haushaltstitel ist. Damit ist das Europaparlament außen vor und eine Kontrolle fast unmöglich. Das ATHENA-Verfahren wird aktuell für den größten EU-Militäreinsatz, den EUFOR-Althea-Einsatz in Bosnien-Herzegowina angewendet. Zuvor wurde der Einsatz im Kongo so finanziert. In Zukunft solle es insbesondere für „Krisenreaktionsoperationen“, also Kriegeinsätze der EU, genutzt werden. Wahrscheinlich auch für die Einsätze der internationalen EU-Polizeitruppen. Damit wird geradezu paradigmatisch die gewollte

Vermischung von Zivilem und Militärischem vorgeführt.

In Deutschland stellt sich die Situation im Grunde genommen so dar, dass jeder Auslandseinsatz ein Bruch des Grundgesetzes ist. Artikel 87a lautet: (1) „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. (...) (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“. Artikel 26, Absatz 1 schreibt vor: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Das ist bislang nicht einmal passiert, wenn die Bundeswehr beauftragt wurde, sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen zu beteiligen. Zwar hat das Verfassungsgericht 1994 die Möglichkeit von out-of-area Einsätzen im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme nach Art. 24 GG eröffnet, seit dem wird von dieser Option aber dermaßen exzessiv Gebrauch gemacht, dass aus ihm längst ein Scheunentor, oder eher noch eine Einflugschneise geworden ist. Darüber hinaus halte ich diese Entscheidung für falsch, da sie gegen den Geist des Grundgesetzes

verstößt, das ja aus konkreten historischen Bedingungen - Deutschlands Verbrechen im 2. Weltkrieg - hervorgegangen ist, zumal es sich insbesondere bei der NATO weniger um kollektive Sicherheitssysteme handelt, als um globale Unsicherheitsfaktoren.

Auch hinsichtlich des Völkerrechts in seiner eigentlichen Intention als Friedensordnung ist die Berliner Außenpolitik eine Kette von Rechtsbrüchen. Dessen Grundlage ist die Souveränität der Staaten, d.h. ihre formale Gleichheit und Anerkennung und das beinhaltet ganz klar ein Verbot von Interventionen und Einmischungen in deren innere Verfasstheit. Dagegen wird im Zuge des neuen Kolonialismus permanent verstoßen und deshalb ist auch immer wieder von einer „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ die Rede, weil die mächtigen Staaten ihre Macht nutzen wollen, um diese Beschränkungen aufzuheben. Dies geschieht einerseits durch die Umdeutung des Verteidigungsfalls auf Situationen, wo mit gefälschten Beweisen dargelegt wird, dass ein Land einen Angriff oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen plane, wie es beim Irak der Fall war. Oder es wird plötzlich eine „Verantwortung zum Schutz“ erfunden, wonach es Aufgabe der EU sei, in anderen Ländern zu intervenieren, weil diese irgendwelche Rechte ihrer Bevölkerungen nicht respektieren. Wie wir aber gesehen haben, ist die EU hierfür ein gänzlich ungeeigneter Akteur.

Die „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ - Aushöhlung des Völkerrechts wäre treffender - geschieht in erster Linie über das so genannte Völkergewohnheitsrecht. Demnach wird etwas zur völkerrechtlichen Norm, wenn es von den führenden Staaten nur oft genug gemacht wird und es von den anderen Staaten keinen nennenswerten Widerstand gibt. Unter dem Titel des „Krieg gegen den Terror“ wurde dieser Widerstand effektiv ausgeschaltet. Getreu dem Motto „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ werden die Staaten, die eine deutliche Kritik üben, einfach in die „Achse des Bösen“ verortet und in der so genannten Staatengemeinschaft isoliert. Dies entspricht den Machtverhältnissen im Internationalen System: Die mächtigen Staaten können tun, was sie wollen und nach eigenem Erachten dadurch sogar Recht setzen.

Vorschlag für eine Kampagne gegen sämtliche deutsche Auslandseinsätze

Gegenwärtig schwindet nicht nur die Legalität der westlichen Außenpolitik, sondern auch ganz deutlich ihre Legitimität, d.h. die Zustimmung in der Bevölkerung für die Militarisierung sinkt immer weiter. Das hat meiner Einschätzung nach vier

Gründe. Erstens werden die Folgen einer militarisierten Außenpolitik auch innerhalb der weltweit Krieg führenden Staaten immer deutlicher. In Deutschland sind bislang noch wenig Soldaten in Zinnsärgen aus den Einsätzen zurückgekommen, in den USA, aber auch Kanada und Großbritannien sind es schon wesentlich mehr. Hier formiert sich zunehmend Widerstand von den Eltern der getöteten, verwundeten und traumatisierten Soldaten. Aber auch in Deutschland ist eine abnehmende Begeisterung der Soldaten im Einsatz und ihrer Angehörigen spürbar. Ich weiß, dass die Briefe aus Afghanistan manchmal von nackter Angst geprägt sind. Im deutschen Fernsehen lief kürzlich ein Bericht über traumatisierte Soldaten, wie sie nach Hause kommen und nicht mehr dieselben sind, sich isolieren und dann irgendwann einer Söldnertruppe anschließen. Auch der Spiegel brachte entsprechende Berichte. Die Regierung äußert sich dann ähnlich wie bei den Zinnsärgen in der Art: „das ist schlimm, aber da müssen wir durch“. Immer mehr Menschen fragen sich jedoch, warum eigentlich und für wen eigentlich.

Zweitens zeigt sich immer deutlicher, dass der „Krieg gegen den Terror“ de facto das Gegenteil dessen bewirkt, was er eigentlich erreichen soll. So warnt beispielsweise der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, ungewöhnlich deutlich vor Terroranschlägen in Deutschland. Dabei macht er ebenso klar, dass diese Gefahr unmittelbar mit der deutschen Unterstützung der US-Kriegspolitik zusammenhängt: „Deutschland zählt für die islamistischen Terroristen zu den so genannten Kreuzzüglern. Dabei spielt die deutsche Beteiligung an der Anti-Terror-Koalition eine wichtige Rolle.“ (Focus.de, 02.12.2006) Die Entscheidung der Bundesregierung, Bundeswehr-Tornados in den umkämpften Süden Afghanistans zu entsenden, die dort auch im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ eingesetzt werden, trägt also ganz sicher nicht dazu bei, die allseits beschworene „Sicherheit“ der Bundesbürger zu erhöhen.

Zudem bröckelt drittens das Bild vom sauberen und gerechten Krieg. Uns sollte der Totenkopfskandal nicht überraschen, wie gesagt ist er die logische Folge der militärischen Ausbildung und des mangelnden Respekts vor dem Leben. Auch die Verwicklungen von KSK und BND in Verschleppungen und Folter liegen in der Natur der Sache. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass das KSK weder dazu ausgebildet ist, Gefangene zu machen, noch über die Kapazitäten verfügt, diese entsprechend unterzubringen. Das bedeutet,

das KSK kann Menschen, die sich ergeben, nur exekutieren oder an die US-Soldaten übergeben. Genau das ist geschehen, KSK-Soldaten waren sogar an der Bewachung der Gefangenen beteiligt. Die berüchtigten CIA-Transporte wurden teilweise im US-Hauptquartier in Stuttgart geplant und verliefen über die Flughäfen Ramstein Airbase und die mittlerweile geschlossene Airbase Frankfurt. Obwohl die deutsche Regierung diese Flüge wie auch das Lager in Guantanamo öffentlich kritisiert, ist sie Teil dieser Maschinerie. Das wird nun Stück für Stück bekannt und zerstört das Bild vom deutschen „Menschenrechtskrieger“ oder „Entwicklungshelfer in Uniform“, dem viele, insbesondere Anhänger der Grünen, zwischenzeitlich auf den Leim gegangen sind.

Viertens merken die Menschen, dass dies alles auf immer neue Kriege und ein sich weiter steigendes globales Gewaltpotenzial hinausläuft. Dass der Krieg gegen den Terror nicht zu gewinnen ist - jedenfalls nicht so - wird absehbar. Zudem werden immer neue Bedrohungen ausgemacht, denen scheinbar militärisch zu begegnen sei, neben Krankheiten und Flüchtlingen wird auch immer deutlicher von einer Sicherung der Rohstoffzugänge und der Transportwege gesprochen, wie im jüngsten Weißbuch der Bundeswehr.

Verteidigungsminister Jung sprach sich kürzlich für eine Debatte um Auslandseinsätze aus und ich muss sagen, die kann er haben. Wir müssen jetzt den Rückzug der Bundeswehr insbesondere aus Afghanistan, aber auch aus allen anderen Auslandseinsätzen fordern. Als Aufhänger können da ganz klar die jetzt öffentlich gewordenen Skandale dienen. Wir müssen diese Kampagne aber auch damit verbinden, uns einem Einsatz der Bundeswehr im Innern entschieden entgegen zu stellen. Denn hier sollen die rechtlichen Möglichkeiten ebenfalls weiter ausgebaut werden. Schon jetzt werden Soldaten offen und verdeckt immer wieder auch im Inland eingesetzt. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble äußerte mir gegenüber bei einem Besuch des Auswärtigen Ausschusses in Berlin nicht ohne Stolz, dass bei jedem Spiel der WM bis zu zweitausend Soldaten, allerdings in zivil, in den Stadien anwesend waren. Und nicht zuletzt müssen wir aufpassen, dass die Soldaten, sollten sie zurückgezogen werden, nicht einfach durch Polizei ersetzt werden. Denn der Einsatz von Polizei im Ausland ist ein prägendes Merkmal des Neuen Kolonialismus und geht mit der Militarisierung der Polizei und damit auch der Innenpolitik einher.